



PRESSEMITTEILUNG

Sieben Forderungen an den Bundeswirtschaftsminister

- MITTELSTANDSVERBUND-Präsident Hollmann fordert zu mehr mittelstandsfreundlicher Politik auf
- Wettbewerbsrecht bremst Online-Aktivitäten der Verbundgruppen
- Sieben Forderungen für mehr Mittelstand

Berlin, 10.05.2016: Der Präsident des MITTELSTANDSVERBUNDES, Wilfried Hollmann, hat erneut auf die Wettbewerbsnachteile mittelständischer Verbundgruppen im Internet hingewiesen. In seiner Eröffnungsrede anlässlich des Mittelstandsgipfels PEAK am 10. Mai in Berlin forderte er die anwesende Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke, auf, faire Bedingungen im Online-Handel zu schaffen, damit der Mittelstand für die digitale Zukunft gerüstet ist. Gleicke nahm in Vertretung für Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel an der Veranstaltung teil.

„Verbundgruppen müssen mit einer nachvollziehbaren, verbraucherorientierten Preispolitik im Internet auftreten können. Solange das Wettbewerbsrecht das verhindert, wird der Mittelstand im Online-Geschäft zurück fallen“, erklärte Hollmann. Nicht jeder lokale Händler könne individuell einen Online-Shop betreiben. Die verlockende und wirtschaftlich reizvolle Alternative der Nutzung einer gemeinsamen Internet-Plattform unter dem Namen der jeweiligen Verbundgruppe sei mit dem gegenwärtigen Kartellrecht gerade in Bezug auf eine gemeinschaftliche Online-Preisgestaltung nicht zu vereinbaren.

„Ein fataler Nachteil“, warnte Hollmann. Übrigens auch für die Verbraucher. „Wenn die Politik nicht handelt, wird der Markt bald nur noch wenigen Online-Händlern und Groß-Filialisten überlassen. Das kann nicht das Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sein.“

Auf dem Mittelstandsgipfel PEAK als der Branchentreff für Entscheider und Führungskräfte aus Kooperationen und Franchisesystemen nutzte Hollmann die Gelegenheit, um auf sieben Punkte hinzuweisen, die sich im Mittelstand als besonders praxisuntauglich erweisen. Neben einem flexibleren Preismarketing, waren dies mehr Fairness in der internationalen Besteuerung, europäische Standards im Kaufvertragsrecht, Überarbeitung der Energieeffizienz-Kennzeichnungsrichtlinie, die Reform von Zeitarbeit und Werkverträgen, das Lohngerechtigkeitsgesetz und eine Verbesserung der Wettbewerbsvorschriften für den mehrstufigen Vertrieb.



Lizenzfreies Bildmaterial sowie weitere Informationen finden Sie unter:
<http://www.mittelstandsverbund.de/presse/presseinformationen/siebenforderungen>

2.038 Zeichen (inkl. Leerzeichen), zum Abdruck freigegeben.

Ansprechpartnerin:

Michaela Helmrich

Pressesprecherin

Telefon: +49(0) 30/59 00 99 661

Mobil: +49(0) 172/250 5454

E-Mail: m.helmrich@mittelstandsverbund.de

DER MITTELSTANDSVERBUND – ZGV e.V. vertritt als Spitzenverband der deutschen Wirtschaft in Berlin und Brüssel die Interessen von ca. 230.000 mittelständischen Unternehmen, die in rund 310 Verbundgruppen organisiert sind. Die kooperierenden Mittelständler erwirtschaften mit 2,5 Mio. Vollzeitbeschäftigten einen Umsatz von mehr als 490 Mrd. Euro (rund 18 Prozent des BIP) und bieten 440.000 Ausbildungsplätze. Einzelne Verbundgruppen treten unter einer Marke auf, z. B. EDEKA, REWE, INTERSPORT, EP:ElectronicPartner, expert, hagebau und BÄKO. Alle fördern ihre Mitglieder durch eine Vielzahl von Angeboten wie etwa Einkaufsverhandlungen, Logistik, Multi-Channel, IT, Finanzdienstleistungen, Beratung, Marketing, Ladeneinrichtung, Internationalisierung und Trendforschung. Ein großer Teil der Verbundgruppen sind im Arbeitgeberverband Gewerblicher Verbundgruppen e.V. tarifgebunden.